

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. Januar 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 8.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Die Tarifeinführung (Schluß).
Gewerkschaftsvereine: Reichstagswahlen. — Koalitionsrechtsbedrohung. — Tarifeinbringung der Buchdrucker- und Stein-drucker. — Beendigung der Sabakarbeiterausperrung. — Aus dem Jahresrückblick des „Korrespondenzblatt“.
Korrespondenzen: Braunschw. — Buer. — Charlottenburg. — Giesh. — Greiffenberg. — Heibelsberg. — Gerne. — München.
Fundschau: Die bayerische Regierung und der neue Buchdrucker-tarif. — Die Organisation der Allgemeinen Buchdrucker-Unterstützungskasse. — Musterforderungen als Druckfächer. — Flugblätter und Stimmzettel zu den Reichstagswahlen. — Von den Feinden des Koalitionsrechts. — Vorbereitungen für ein Ausnahmegesetz gegen die organisierte Arbeiterkraft. — Wahlpolitik der Kriegervereine. — Hochosenungsl. — Gewerkschaftsnachrichten.

Die Tarifeinführung.

(Schluß)

Wir kommen nunmehr zu Ende mit dem allgemeinen Überblick über die Einführung der neuen tariflichen Bestimmungen.

Von maßgebender Stelle im Gau Bayern wird resümierend mitgeteilt, daß die Tarifeinführung sich im großen und ganzen glatt vollzogen hat. Wenn auch in einigen kleinen Orten sowie in verschiedenen Druckereien noch nachgeholfen ist, so ändert das nichts an dem guten Resultate. Bezüglich der Höherentlohnnten ist meistens den Vorschlägen des Deutschen Buchdruckervereins entsprochen worden. Nur vereinzelt hat diese Kategorie weniger oder nichts erhalten. Dagegen ist in verschiedenen Orten und Druckereien mehrfach diesen Kollegen die volle tarifliche Erhöhung zuteil geworden, teilweise ist man auch darüber noch hinausgegangen. Im einzelnen wird aus den Mitgliedschaften, über die noch nichts mitgeteilt ist, berichtet: In München ist bis auf Kleinigkeiten die Tarifeinführung glatt vor sich gegangen. Bei der tariflich vorgesehenen Verschiebung der Arbeitszeit wollten gerade einige große Druckereien eigenmächtig verfahren, auch bei den Nachtausschlägen für Stereotypeure beliebten diese Firmen eine eigene Auslegung. Dagegen hat eine Druckerei schon am 1. Dezember nach dem neuen Tarif bezahlt, einige andre ab 28. Dezember. Aus Würzburg lauten die Nachrichten recht günstig. In der einen Druckerei betamen auch die Höherentlohnnten, und das ist eine stattliche Anzahl, die volle Aufbesserung = 3,40 Mk. Zwei andre Firmen besterten diese Kategorie um 2,50—3 Mk. auf, also über die Empfehlung des Buchdruckervereins hinaus. In den übrigen Betrieben wurde zum mindesten nach diesen Staffeln aufgebessert. Ein einziger von den Höherentlohnnten ging in einer Druckerei leer aus. Die besserbezahlten Gehilfen erhielten über die vorgeschlagenen Sätze zugelegt. Die Firma Senner bezahlt außerdem die Versicherungsbeträge, woraus sich eine weitere Aufbesserung um 80 Pf. ergibt. Fürth berichtet über anstandslose Einführung und Respektierung der für die Höherentlohnnten aufgestellten Staffeln; ein Gehilfe erhielt etwas weniger. Aus Rempten wird das gleiche gemeldet, es kamen aber gar keine Abweichungen vor. In Donaunwürth erhielten die Höherentlohnnten Zulagen von 1 bis 3 Mk. Im übrigen ergaben sich keinerlei Schwierigkeiten. Bei der ersten Lohnzahlung gab es in Straubing einige Differenzpunkte, die aber inzwischen erledigt sind. Sonst wurde der Empfehlung des Buchdruckervereins ent-

sprochen. Leider wurde den bei einer Firma erst kürzere Zeit beschäftigten Gehilfen der Sommerurlaub entzogen. In Schwabach vollzog sich die Einführung glatt. Auch in Landskron daselbe Bild, wenn auch die über die Pflichtgrenze hinaus entlohnnten Kollegen nicht sämtlich vollständig nach den bekannten Vorschlägen aufgebessert worden sind. In Marktredwitz ergaben sich bei der Firma Stöße einige kleine Schwierigkeiten, während es sonst glatt ging.

In Berlin selbst bestehen, wie uns offiziell mitgeteilt wird, noch Differenzen prinzipieller Natur, die die Instanzen beschäftigen. Namentlich in den Zeitungsbetrieben werden Maßnahmen beliebt, die bei den Kollegen recht unbeliebt sind.

Aus dem Gau Dresden wird noch von Zittau im allgemeinen glatte Einführung gemeldet. Über einzelne Bestimmungen bestehen allerdings abweichende Ansichten, deren Klärung durch die Tariforgane herbeizuführen ist. Von Freiberg kann bis auf eine Ausnahme gute Nachricht gegeben werden; auch die empfohlenen Aufbesserungen wurden anstandslos bezahlt. Aus der Druckerei H. Köhler, die als die eine Ausnahme in Frage kommt, ist jedoch gar nichts zu erfahren. Die daselbst beschäftigten R.-B. schließen sich hermetisch ab. In Blasewitz bei Dresden wurde noch etwas über die Stala des Buchdruckervereins den Höherentlohnnten zugelegt.

Vom Gau Elßaß-Lothringen liegt weiter aus Geweiler die Mitteilung über volle Erfüllung der den Prinzipalen im neuen Tarif auferlegten Pflichten vor. In Ort und Bezirk Metz stellten sich bei einer Firma in Mörchingen (Flügel) sowie bei Beaudoin am Vorort einige Schwierigkeiten ein. Sonst gestaltete sich die Einführung befriedigend. Im Bezirke Straßburg ist, soweit sich die Sache bis jetzt überblicken läßt, der neue Tarif im allgemeinen glatt eingeführt worden, bis auf einige Kleinigkeiten, die jedoch leicht eingerechnet werden können und meist auf Mißverständnis resp. Unkenntnis der Bestimmungen zurückzuführen sind. Wegen der höherentlohnnten Gehilfen sind vereinzelt nicht befriedigende Zulagen gewährt worden (wegen des Streiks um den 25-prozentigen Lokalzuschlag), im allgemeinen aber sind die Vorschläge des Prinzipalsvereins berücksichtigt worden.

Über den Gau Erzgebirge-Bogtland kann ein eigentlicher Situationsbericht noch nicht gegeben werden. In Chemnitz ging die Tarifeinführung glatt vor sich. Es wurden zum Teile wohl größere Zulagen gewährt, aber auch Widrigkeiten sind zu verzeichnen. Aus Borna wird gemeldet, daß keine Schwierigkeiten in die Erscheinung traten und den Höherentlohnnten Zulagen bis zu 3 Mk. gewährt wurden. Weiter hat sich auch in Limbach die Einführung glatt vollzogen. Aus Glauchau dagegen kommt die Klage, daß die Höherentlohnnten nicht in den Genuß der empfohlenen Zulagen gekommen sind. In Reichenbach wurde der neue Tarif glatt eingeführt, abgesehen von einigen kleinen Differenzpunkten, die sofort ihre Erledigung fanden. Eine Firma zahlte den alten Lohn mit der Begründung, daß ihre sämtlichen Unterlagen fehlten in bezug auf den neuen Tarif! Nachdem die dort beschäftigten Gehilfen den neuen Tarif. vorgelegt,

wurde von Seiten dieser Firma der neue Lohn aus- und der bereits entfallene nachgezahlt.

Den Gau Frankfurt-Hessen betreffend wird ergänzend aus Frankfurt a. M. noch berichtet, daß die vorgekommenen Unstände meistens zur Zufriedenheit erledigt wurden (mit Ausnahme der Angelegenheit der Galvanoplastiker in den Schriftgießereien), daß aber in einzelnen kleineren Druckereien Differenzen entstanden sind, die jedoch zu Besürchtungen keinen Anlaß geben. In Fulda hat sich in der Uthschen Druckerei, wo fast ausschließlich R.-B. stehen, von dem neuen Tarife noch nichts bemerkbar gemacht. Von zwei kleineren Firmen war noch nichts zu ermitteln. In der größten Druckerei am Plage vollzog sich indessen die Einführung ohne Schwierigkeit. Die Mitgliedschaft Friedberg-Bad Nauheim-Wußbach ist nicht sonderlich befriedigt. Den tariflichen Anforderungen wurde zwar entsprochen, die Höherentlohnnten jedoch hatten zum Teil das Nachsehen. Der Fortfall gewisser Benefizien hat recht unangenehm berührt.

Die aus dem Gau Hannover bereits erschienenen Meldungen werden durch die nachfolgenden noch ergänzt: In Hannover haben wie auch anderswo noch die kleineren Druckereien das meiste Entgegenkommen gezeigt. Eine große Druckerei fand es trotz der Feuerungszeit für angebracht, den Höherentlohnnten die im Laufe des Jahres gewährten Zulagen bei der Aufbesserung in Anrechnung zu bringen. Bei Gebr. Jänede gab es ganz eigenartige Differenzen wegen der Arbeitszeitverkürzung, wozu im Nachwort noch das Nötige zu sagen ist. Die dem Vertrauensmann zuteil gewordene Behandlung war eine derartige, daß das Schiedsgericht ihn als gemäßigert anerkannte. Eine kleine Druckerei hat die Prinzipalsvereinstaffel nicht beachtet, d. h. nicht insofern, daß sie etwa höhere Zulagen gewährte. In zwei namhaften Betrieben sind sechs Kollegen dieser Kategorie leer ausgegangen. Ob König & Ehardt sowie Ebler & Krüsch das gerade notwendig hatten, ist flüchtig zu bezweifeln. Leunis & Chapmann haben sich eine Extrastala für die Besserbezahlten zurechtgelegt, die nur den Fehler hat, niedriger als die vom Buchdruckerverein empfohlene zu sein. Die Sache wird sich aber wohl noch einrichten. In Einbeck und Melle hat sich die Einführung glatt vollzogen. Die bereits veröffentlichte kurze Mitteilung aus Wolfenbüttel macht eine Ergänzung notwendig. Die mit mehr als 3 Mk. über Minimum entlohnnten Gehilfen erhielten nämlich über die vorgeschlagenen Sätze der Prinzipalsorganisation aufgebessert. In Uzen vollzog sich die Einführung ohne Schwierigkeiten. Aus dem Bezirke Lüneburg wird berichtet, daß über eine Druckerei am Vorort überhaupt nichts zu ermitteln war, sonst einer von den Höherentlohnnten leer ausging, Weiterungen aber im übrigen nicht entstanden. In Garburg-Wilhelmsburg machte anfangs eine Druckerei Schwierigkeiten. Bezahlung und Arbeitszeit wurden sonst glatt eingeführt. In Winsen, Bleckede, Lischow und Lauenburg ergaben sich keine Unstände. Die Druckerei in Wittingen ist der tariflichen Verpflichtung in puncto Lohn nicht voll nachgekommen. In Soltau hat nur eine Druckerei den neuen Tarif ohne weiteres eingeführt. In Dannenberg haben alle Gehilfen 10 Proz. auf ihren seitherigen Lohn erhalten.

Den Berichten über den Gau Mecklenburg-Schwerin ist noch nachzutragen, daß in Wismar einige Meinungsverschiedenheiten in der einen Druckerei zu Anträgen bei dem Tarifamte führten, Zwischenfälle aber nicht vorgekommen sind. In Neubrandenburg haben die Firmen Dörnbrack und Feller mit je einem Gehilfen die tarifliche Erhöhung nicht begehrt. Dagegen ist — wie auch in den in den vorhergehenden Nummern bereits erwähnten Orten — in Güstrow alles glatt gegangen. Im ganzen Gau sind also 13 Gehilfen nicht mit der vollen tariflichen Erhöhung bedacht worden, zwei mit gar keiner. Diese Fälle sind dem Kreisvertreter zur Vermittlung überwiesen.

Aus dem Gau Mittelrhein wird noch berichtet: Im Bezirke Mannheim haben sich anfänglich zwei von den kleineren Druckereien am Vororte geneigert, die tarifliche Lohnerhöhung ganz zu bezahlen. In allen übrigen Druckereien wurde der Tarif voll durchgeführt, wobei es allerdings vereinzelt ohne kleinliche Schikanierungen nicht abging. Auch glaubt ein Teil der Prinzipale durch strafferes Anziehen der Bügel die tariflichen Mehrkosten zum Teil wieder einbringen zu müssen. Die Aufbesserung der über die tarifliche Verpflichtungsgrenze bezahlten Gehilfen geschah zum Teil nach den Sätzen des Prinzipalsvereins, zum Teil darüber bis zur vollen tariflichen Lohnzulage. In den beiden größten Mannheimer Druckereien, welche seit Jahren die 52stündige Arbeitswoche hatten, wurde mit dem 1. Januar die tarifliche 53stündige angeordnet. Nach wiederholtem Vorstelligen und Verhandlungen einigte man sich auf die 52½stündige Arbeitszeit. In Hebrich und Schierstein hat mit Ausnahme einer Papierfabrik, die zwei Nichtverwandter beschäftigt, die Einführung des neuen Tarifs keine Schwierigkeiten bereitet. Glatt hingegen ging die Sache in Speier vor sich. Aus dem Bezirke Landau ist zu berichten, daß am Vororte die über die Pflichtgrenze hinaus Entlohnten sämtlich um 3—3,50 Mk. aufgebessert wurden und auch sonst die Einführung sich zur Zufriedenheit erledigte. Bedauerlich ist nur, daß die Vorderpfälzer Genossenschaftsdruckerei („Der Rheinpfälzer“) den im Jahre 1891 bewilligten Neunstundentag unter Zustimmung des Personals in die effektiv neunstündige Arbeitszeit bzw. in eine Arbeitswoche von 53 Stunden umwandelte. Da dieses Blatt sich recht arbeiterfreundlich gibt, so muß diese Maßnahme um so mehr verwundern. In Annweiler und Edenkoben wurden die Lohnerhöhungen wohl gewährt, doch ist in ersterem Orte noch eine Differenz betreffs der Arbeitszeit und sind in letzterem Überstundenangelegenheiten noch zu regeln. Die Geschäftsbücherfabrik von C. Just Söhne in Kandel hat wohl ihren zehn Gehilfen aufgebessert, jedoch nicht in der von dem Tarife vorgeschriebenen Weise. Sie ist auch aus der Tarifgemeinschaft ausgetreten, woraus sich für ihre Gehilfen das Weitere von selbst ergibt. Eine andre Druckerei in diesem Orte hat in puncto Lohnzulagen nicht recht befriedigt.

Im Gau Nordwest sind die sechs Druckereien in Rughaven anstandslos den neuen Bestimmungen nachgekommen. Eine Firma, die alle ihre Gehilfen mit 5 bis zu 10 Mk. und noch mehr über Minimum bezahlt, gewährte diesen anerkanntermaßen eine Zulage von 3 Mk. Auch in Buxtehude ging die Einführung glatt vor sich. Die Höherentlohnenten, soweit sie verheiratet, erhielten eine angenehm nach oben abgerundete Zulage.

Aus dem Gau Oberrhein wird berichtet, daß im Bezirke wie am Vororte Freiburg nennenswerte Monita sich nicht ergaben. In Karlsruhe ist sowohl im Bezirke wie am Vororte der neue Tarif ohne Schwierigkeiten eingeführt worden. Die Höherentlohnenten erhielten in ihrer Mehrheit nach der Skala des Deutschen Buchdruckervereins zugelegt. Es wurde aber auch darüber hinausgegangen, vereinzelt bis zu 4 Mk. Einige Unstimmigkeiten fanden bereits Erledigung. In Konstanz wurden zum Teil die tariflichen Zulagen überschritten, die freiwilligen jedoch allen in Betracht kommenden Gehilfen gewährt. In der größten Druckerei machte sich dieserhalb allerdings erst Vor-

stellung notwendig. Die Zulagen gingen nämlich von 1,40 Mk. bis auf 45 Pf. herunter. Dann wurde zwar der Skala des Prinzipalsvereins entsprechend aufgebessert, doch wurden die seither gewährten Ferien entzogen. In Achern wurde den tariflichen Anforderungen und den Vorschlägen des Buchdruckervereins entsprochen. In Baden-Baden und Bahr zeigen zwei Firmen sich recht unsozial. Sie stehen nämlich auf dem Standpunkte — wenn dabei überhaupt dieses Wort anwendbar —, daß die bei ihnen 18, 25, 28 und 30 Jahre beschäftigten Gehilfen nicht mehr so leistungsfähig seien und deshalb von der tariflichen Zulage ausgeschlossen sein müßten. Natürlich wird dieser bezeichnenden Auffassung der richtige Standpunkt gegenüber vertreten. Im allgemeinen aber kann Zufriedenheit geäußert werden über die Einführung des neuen Tarifs in diesem Gau.

Im Obergau ist im Bezirke Kottbus die Einführung des neuen Tarifs ohne Schwierigkeiten vonstattengegangen. In Finsterwalde jedoch verweigert die Firma Sprenghahn die Bezahlung nach den neuen Positionen und kündigt auch gleich vier Verbandsmitgliedern. Die Druckerei Opitz macht ebenfalls Seitensprünge, indem sie 54 Stunden pro Woche arbeiten lassen möchte. In Kirchhain hat die bekannte Werkdruckerei Schmersow „verfügt“, daß der in Kraft getretene Lokalzuschlag von 2½ Proz. nicht anerkannt wird. Man will also um 68 Pf. willen es lieber zu ersten Differenzen kommen lassen. Geschäftsmännisch ist das nicht gerechnet, und daß man sich auch sonst dabei verrechnet, würde eventuell der weitere Verlauf der Dinge zeigen. Den tariflichen Verpflichtungen wurde in Neubabelsberg entsprochen, sonst ist die Zufriedenheit jedoch nicht allzugroß. In Köslin ging die Einführung glatt vor sich. Eine Firma gewährte neben den tariflichen oder empfohlenen Aufbesserungen sogar noch besondere Lohnerhöhungen. Eine andre zeigte zunächst eine unskillige Haltung in bezug auf die Höherentlohnenten, bewilligte dann aber Zulagen in zufriedenstellender Weise. Aus Eberswalde und Quantenburg wird glatte Einführung gemeldet. Der „Lob.“-Bezirk Frankfurt a. O. berichtet in erfreulichem Sinne. Am Vororte machte bei der Aufbesserung der Höherentlohnenten die größte Druckerei eine unrihmliche Ausnahme, indem sie zwei Maschinenmeistern eine Lohnzulage vorenthält. In der einen Druckerei wurde im Hand- wie im Maschinensatz das Berechnen eingeführt. In Neuruppin herrscht besonders Freude über die Befestigung der Ausnahmebestimmung in der Arbeitszeit. Schwierigkeiten bei der Einführung schienen in einer Druckerei zu entstehen, jedoch lenkte die betreffende Firma noch ein. Über die Hausdruckerei der Minimaxfabrik und die Firma Moos, die beide Bündlerdomänen sind, kann noch nichts gesagt werden. In letzterer Druckerei wird es aber mit dem neuen Tarife wohl nicht klappen, inwiefern es noch mit dem Einhalten des alten haperete.

Den bereits gebrachten Mitteilungen über den Gau Osterland-Thüringen wäre noch anzufügen, daß in Saalfeld in zwei Fällen erst das Personal vorstellig werden mußte, während sonst die Prinzipale anstandslos gewährten, was nunmehr recht und billig ist. Im Bezirke Gotha wurde die Bezahlung der über die Pflichtgrenze Entlohnenten mit einigen Ausnahmen gemäß den bekannten Empfehlungen geregelt. In Langensalza will die Firma Belsch den Lokalzuschlag nicht bezahlen, Verhandlungen darüber schweben. In Worbis muß der Prinzipal noch 1,50 Mk. mehr aufbessern, ehe er der Pflicht einer tariftreuen Druckerei genügt. Aus Suhl und Hildburghausen wird aber glatte Einführung gemeldet.

Im Gau Ostpreußen ging außer in Elst, worüber schon berichtet worden ist, in Königsberg, Memel, Lyck, Osterode, Pr. Holland, Sabian, Bischofsburg, Marggrabowo und Braunsberg die Tarifeinführung ohne Schwierigkeiten vor sich. Dagegen ergaben sich in Allenstein (teilweise), Wartenburg, Ortelsburg, Gerdauen, Mohrungen und teilweise auch in Gumbinnen Differenzpunkte.

Zu den schon erschienenen Berichten aus dem Gau Rheinland-Westfalen liegen folgende Ergänzungen vor, so daß auch hier das Bild nun vollständig gemacht werden kann. In Dortmund vollzog sich der Eingang des neuen Tarifs ohne Störungen. Mehrere größere Firmen haben auch den Höherentlohnenten die volle Zulage gewährt. Auch Geldern, Deynhäusen, Hamm und Kattrop hatten keine Schwierigkeiten. In Solingen haben die Firmen Richard Fremken, Adolphs sowie die Papierindustrie-G. m. b. H., die momentan keinen Gehilfen beschäftigten, über ihre Stellungnahme zum neuen Tarife noch nichts verlauten lassen. Die Höherentlohnenten erhielten nach der Buchdruckervereinskala aufgebessert. Wenn bei einzelnen Firmen auch einige Meinungsverschiedenheiten vorgekommen sind, so ändert das nichts an der glatten Einführung des Tarifs. In Bielefeld ging die tarifliche Lohnerhöhung (12½ Proz.) ohne weiteres durch. Einige von den Besserbezahlten erhielten diese Aufbesserung ebenfalls, andre 2,25 Mk.; sie wurden aber auch nur um 1—2 Mk. aufgebessert. Aus dem Bezirke Bielefeld wird bis auf einen Fall glatter Verlauf der Tarifeinführung berichtet. In Detmold, Bünde und Bippstadt herrscht Befriedigung. In Lübbecke machen sich Nachforderungen materieller Natur notwendig. Lüdingortmund hat besondere Schmerzen, die Ausnahmebestimmung mit der Arbeitszeit soll nämlich erst im Herbst in Fortfall kommen. Da außerdem die Frage der Zehnkilometergrenze dort ein Streitpunkt ist, so herrscht nichts weniger als Zufriedenheit unter den Gehilfen. Ein Kollege mußte zudem das Tariffchiedsgericht anrufen, um zu seinem tariflichen Rechte zu kommen. In Herborn ereignete sich der kaum glaubliche Fall, daß ein Prinzipal der Meinung war, die neuen tariflichen Abmachungen hätten erst vom 1. Oktober ab Gültigkeit. Als ihm darüber am ersten Zahltag der nötige Seifensieder aufgesteckt war, machte er am zweiten den noch Späne in betreff der Bezahlung, so daß nunmehr von den Instanzen für die anscheinend recht notwendige tarifliche Erleuchtung gelangt werden muß. Dagegen verlief sonst die Einführung an diesem Orte sowie in dem benachbarten Willemburg glatt. Im Bezirk Aachen ereigneten sich nennenswerte Differenzen nicht. Einige Abweichungen konnten auf dem Verhandlungswege erledigt werden. Der Eriek, durch Lohnaufbesserungen im Dezember sich jetzt um die tariflichen Zulagen zu drücken, wurde versucht, mißlang jedoch. In Jülich konnte eine aufstauende Schwierigkeit bald beseitigt werden, so daß also von einer glatten Einführung die Rede sein kann. Aus Emmerich wird berichtet, daß die Tarifeinführung ziemlich glatt vor sich ging. In einer Druckerei erhielten die dort beschäftigten Kollegen, die alle 1—5 Mk. über den alten Tarif hatten, auch 1—5 Mk. über den neuen; in den andern Druckereien erhielten die Kollegen nach Vorschlag des Prinzipalsvereins. Leider mußten zwei Kollegen der größten Druckerei am Orte, die 7 bis 8 Mk. über den alten Tarif hatten, leer ausgehen. Im Bezirke Wesel ist man im allgemeinen befriedigt, wenn auch einige Unregelmäßigkeiten zu registrieren sind. Am Vororte gingen die Prinzipale noch über die von der Prinzipalsorganisation empfohlenen Sätze hinaus, indem sie den Faktoren 5 Mk., den ersten Maschinenmeistern 8 Mk. und allen andern über 8 Mk. über Minimum entlohnenten Gehilfen die Sätze des Buchdruckervereins bezahlten. Diesem Beschlusse kamen sämtliche tariffreien Firmen nach. In Neve, Dinslaken und Goch wurde ebenfalls die Aufbesserung nach den Empfehlungen des Deutschen Buchdruckervereins vorgenommen, wohingegen in Rees nur eine von drei und in Wocholt nur eine von fünf Firmen den neuen Tarif bis jetzt zur Einführung brachten. In Hagen gab es keine Schwierigkeiten. In fast allen Druckereien wurden die empfohlenen Zulagen und seitens einzelner auch mehr gewährt. In Welsentirchen haben sich keine Schwierigkeiten eingestellt. Drei Firmen gewährten allen Gehilfen die volle Zulage, die übrigen richteten sich nach den Vorschlägen der Prinzipalsorganisation betreffs der Höherentlohnenten. Der „Typograph“ macht von der Firma Münster-

mann, die dem Gutenbergbunde allerdings sehr zugehen ist, viel Aufhebens; aber es sind auch andere Druckereien am Plage noch so entgegenkommend gewesen, die nicht so einfach wie die „Gelsenkirchner Zeitung“ einen Ausgleich für die Mehrleistungen zu finden vermögen.

Wenn auch der Gau An der Saale in der vorigen Nummer schon als abgeschlossen in der Berichterstattung genannt werden konnte, so verdient jedenfalls die später uns noch zugegangene Mitteilung Wiedergabe, daß in Weissenfels eine kleine Druckerei den neuen Tarif bereits im letzten Quartale 1911 einführt, während in der „Tageblatt“-Druckerei die mit mehr als 3 Mk. über Minimum Entlohnten, und das ist der größte Teil der dortigen Kollegen, 2—3 Mk. zugelegt erhielten.

Aus dem Gau Schlesien wird noch berichtet, daß in Glogau bei allen Firmen der neue Tarif glatt zur Einführung gelangte. Die Firma Flemming ging bei den Zulagen für die mit mehr als 3 Mk. über Minimum Bezahlten teilweise ganz erheblich über die Empfehlung hinaus. Ebenso wird anstandslos Einführung gemeldet aus Grünberg, Neusalz, Sagan und Steinau. In Neurode ging alles prompt vonstatten. Die Höherentlohn wurden nach der bekannten Skala aufgebessert. In Rattowitz machten die größte und die kleinste Druckerei (Siwinna und Mann) Schwierigkeiten, die auf dem Gebiete der Lohnzahlung liegen. Dagegen ist Beschwerde erhoben worden, denn der tarifliche Vorschritt muß unter allen Umständen Genüge geschehen. Bei den übrigen Firmen ging es dagegen ohne Schwierigkeiten ab. Die Tarifeinführung gestaltete sich in Greiffenberg zur allgemeinen Zufriedenheit. In Liegnitz herrscht Befriedigung. Eine Firma gewährte auch den Höherentlohn die volle Zulage, die übrigen Druckereien hielten sich an das empfohlene Maß. In einem Falle bestehen noch Differenzen wegen der Maschinenseker. Im Bezirke ging die Tarifeinführung ebenfalls ohne Schwierigkeiten vor sich. Bis auf die Frage der Höherentlohn wäre in Beuthen die Sache gut gegangen. Eine kleine Druckerei führte den neuen Tarif schon zu Weihnachten ein und bedachte auch ihre Hilfsarbeiter mit Zulagen. Eine größere und die größte Firma am Plage belieben aber leider Winkelszüge, die teilweise untariflich sind.

Im Gau Schleswig-Holstein vollzog sich in Tjeboe die Einführung glatt. Die Höherentlohn erhielten 2,70—3 Mk. zugelegt. Elmshorn berichtet im ersten Falle das gleiche, im letzteren, daß die überwiegende Zahl der Kollegen eine 12 1/2 prozentige Lohnerhöhung erhielt. Meldorf meldet befriedigt anstandslos Einführung und Fortfall der Ausnahmebestimmung aus dem § 4. In Blankenese wird der neue Tarif von beiden Parteien genau befolgt.

Aus dem Gau Westpreußen erfahren wir, daß in Danzig, Elbing (wo nunmehr sämtliche Firmen tariflos sind), Marienwerder, Neumark, Briesen und Neustadt die Einführung glatt oder ziemlich glatt vonstatten ging. In Graudenz bereitete gerade die Firma, die sonst gute Verhältnisse (u. a. achtstündige Arbeitszeit) hat, in puncto Bezahlung einige Schwierigkeiten, so daß die nötigen Schritte eingeleitet werden mußten. Da der Bezirksverein Westpreußen des Deutschen Buchdruckervereins einen Beschluß gefaßt und auch in die Tat umgesetzt hat, über die Skala betreffs der Höherentlohn nicht hinauszugehen, so herrscht einige Mißstimmung unter den Kollegen.

Damit machen wir Schluss. Die Herren Schriftführer ersuchen wir, in den Versammlungsberichten, die sich mit der Tarifeinführung noch befassen, Wiederholungen zu vermeiden. Die Berichte sollen die in unsern Überblicken kurz bekanntgegebenen Tatsachen nur ergänzen, sofern dazu überhaupt eine Notwendigkeit vorliegt, sie nicht aber noch einmal bringen.

In einem Nachwort, das besonderer Umstände halber erst in übernächster Nummer erscheint, wird zu dem Kapitel von der Tarifeinführung noch verschiedenes gesagt werden, um über das Fazit klar zu sehen.

Gewerkschaftsrevue.

Unter dem Zeichen kriegerischen Streites und harten Ringens ging das Jahr 1911 zur Rüste, und mit schmerzlichen Fanfaren rief das junge Jahr alle politisch Mündigen zu heißem Volbringen auf: zur Wahl eines neuen Reichstags. Nach den vielen Enttäuschungen in sozialpolitischer Richtung und angesichts der namentlich die erwerbstätigen Volksschichten schwer bedrückenden, unheimlichen Zoll- und Steuerpolitik des verflochtenen Reichstags war von vornherein mit Gewißheit darauf zu rechnen, daß viele Staatsbürger den Wahltag gleichzeitig zum Jahrtag machen würden. Das heißt, zu einer willkommenen Gelegenheit, um den „verdienstvollen“ Mitarbeitern an jener verkehrten Wirtschaftspolitik resp. ihren Parteien alles das heimzuzahlen, was sie innerhalb der letzten fünf Jahre verschuldet hatten. Und wahrlich, dieses Schuldkonto war nicht klein, denn die Tätigkeit des alten Reichstags war alles andre eher als eine Förderung und Vertretung von Volksinteressen. Dementsprechend ist auch die Quittung bereits in der Hauptwahl ausgefallen, und es ist angenehm, daß die Stichwahlen den Eindruck der vom arbeitenden Volke gehaltenen Abrechnung noch vertiefen werden.

Daß sämtliche Gewerkschaftsorgane zu den Reichstagswahlen Stellung nahmen und auf ihre Bedeutung nachdrücklich hinwiesen, ist ebenso erfreulich wie begreiflich, denn der Unfall dieser Wahlen mußte bis zu gewissen Grade auch das Schicksal der modernen Gewerkschaftsbewegung beeinflussen. Festiger denn je hat bekanntlich die Fehle der Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, das diesen ermöglicht, ihre wirtschaftliche Lage durch Zusammenschluß zu verbessern, eingeleitet. Bereits im vorigen Sommer verlangte der Zentralverband Deutscher Industrieller in einer Eingabe an die Regierungen die Einfügung eines Paragrafen in das neue Strafgesetzbuch (das dem neugewählten Reichstage von seinem Vorgänger zur Verabschiedung überlassen worden ist), durch den das bloße Streikpostengehen vor Fabrikatoren, auf öffentlichen Wegen usw. zu einer gefährlichen, mit Gefängnis strafbaren Bedrohung gestempelt werden sollte. Auf ihrer Jahresversammlung im Dezember 1911 hat die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in ganz gleichem Sinne die Forderung einer Beschränkung des Koalitionsrechts durch verstärkte Strafvorschriften an die Regierungen ebenfalls erhoben. Schon mehrere sind die Anzeichen, daß dem Verlangen der industriellen Scharfmacher nach einem neuen Justizausgesetz für die Arbeiter unter dem Deckmantel „Erhöhter Schutz der Arbeitswilligen“ von den Regierungen Rechnung zu tragen versucht wird. Der sächsische Staatsminister des Innern, Wigham von Göttsch, der sich in seiner am 11. Dezember 1911 vor der Zweiten Kammer in bürren Worten abgegebenen Erklärung „offen auf die Seite der Scharfmacher zu stellen beliebt, hat zweifache Tage darauf bereits in dem schon oft genannten badischen Minister v. Rodman und besonders in der Hamburger Bürgergesellschaft Bundesgenossen gefunden. Dort wurde nämlich von 71 Vertretern der Antrag gestellt, der Hamburger Senat möge im Bundesrat auf eine Unterstützung der von der sächsischen Regierung gestellten Anträge betreffend den größeren Schutz der Arbeitswilligen hinwirken. Das ist anscheinend der Dank des Bürgerausschusses der freien Stadt Hamburg für die seitens der organisierten Arbeiterchaft in schwerer Cholerazeit bis zur Aufopferung geleistete Samaritertätigkeit im Dienste der Bürgerchaft!

Die geplante Revision des Strafgesetzbuchs soll eine anderweitige Regelung verschiedener Materien des geltenden Strafrechts beinhalten. Als Gewerkschaftler interessieren uns natürlich in erster Linie die Bestimmungen, die sich direkt gegen gewerkschaftliche Bestrebungen richten. Obwohl die Forderungen, die der deutschen Arbeiterchaft im Vorwurfsurteil zum neuen deutschen Strafgesetzbuch gestellt worden sind, auf dem Dresdner Gewerkschaftskongresse schon eine treffliche Beleuchtung erfahren, scheint es doch gerade zum jetzigen Zeitpunkt angebracht zu sein, auf die Sache hier einzugehen. Zu dem im Reichsjustizamt ausgearbeiteten Entwurfe veröffentlichen einige Strafrechtsexperten, unter ihnen der ehemalige freisinnige Reichstagsabgeordnete W. Bütz, einen Gegenentwurf, der zwar teilweise objektiver ist als das jetzt geltende Recht, aber doch dessen Klassencharakter unter geradezu empörenden Bestimmungen weiter aufrecht erhält. Ja, dieser Gegenentwurf der Professoren übertrifft sogar an Grausamkeit der Strafanandrohung noch den Regierungsentwurf, indem er dem Verächte die Möglichkeit bietet, für Streikvergehen im Höchstfalle auf zehn Jahre Zuchthaus, auf lebenslängliche Einsperrung oder auch auf 50000 Mk. Geldstrafe zu erkennen. „Es mag unwahrscheinlich erscheinen“, schrieb ein Rechtsanwält dem „Vorwärts“, „daß jemals derartige Maßnahmen gegen ehrenwerte streikende Arbeiter ergriffen werden könnten. Aber sicher nicht unwahrscheinlicher, als etwa bei Schaffung des geltenden Strafgesetzbuchs die Anwendung des Erpressungsparagrafen auf ehrenwerte streikende Arbeiter erschien. Daß diese haarsträubenden Strafanandrohungen gegen gewerkschaftliche Bestrebungen der Professoren auf „Strafschneide“ anwendbar sind, wird in der dem Gegenentwurfe beigegebenen Begründung (Seite 130) ausdrücklich betont. Streikfänger und „Strafschneider“ gehören nun aber für uns maßgebenden Kreise in dieselbe Menschheitskategorie.“

Das Material, das die Scharfmacher im Unternehmerlager für die Notwendigkeit eines neuen Justizausgesetzes gegen die freien Gewerkschaften ins Feld zu führen gedenken, ist bereits in einem Gelbdrucke gesammelt und im Besitze der preussischen Regierung. Wenn

die Sache bisher greifbare Gestalt noch nicht angenommen hat, so deshalb, weil man den Ausfall des Reichstags am 12. Januar erst abwarten wollte. Es wird der Geschlossenheit der gesamten organisierten Arbeiterchaft bedürfen, um den neuen empörenden Versuch der Rechtslosmachung und Knechtung der Arbeiterklasse abzuweisen.

Daß solche allgemeine Geschlossenheit am besten vorbereitet und gefördert wird durch die Einigkeit in den einzelnen Organisationen selbst, diese Erkenntnis muß man leider nur zu häufig vermissen. So sieht sich der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen in die Zwangslage versetzt, einen außerordentlichen Verbandstag nach Berlin einzuberufen, um diese seine höchste Instanz darüber entscheiden zu lassen, ob die Verbandsleitung ihre Pflicht tat, als sie in der sechsten Tarifbewegung der Buchdruckereihilfsarbeiter den ihr vom letzten Verbandstage gegebenen Direktiven entsprach. Von der Entscheidung dieses wichtigen Punktes scheint indessen das Schicksal eines noch wichtigeren für den Hilfsarbeiterverband abzuhängen, den das Verbandsorgan „Solidarität“ wie folgt andeutet: „Wie leider schon öfter brockelt's wieder im Gegenseitel Berlin, und die Düste des Zauberfüßleins, das bereitet werden soll und die sich bisher bemerkbar machen, lassen auf Gift für unsern Verband schließen. Und deshalb ist es notwendig, rechtzeitig Gegenmittel vorzubereiten und anzuwenden, bevor es zu spät ist.“ Es handelt sich also um Bekämpfung der von Berlin ausgehenden Zerplitterungs- und lokalistischen Separationsgelüste nach Art der Raterischen Mischregem- und Kannodognicht-Politik.

Zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation im Hilfsarbeiterverbande betrachtet man sich den Verlauf der Buchdruckereihilfsarbeiterbewegung am besten noch einmal rücksehend. Wie unsern Kollegen bekannt sein dürfte, erfuhr die Verhandlungen zur Verlängerung des mit dem 31. Dezember 1911 ablaufenden Hilfsarbeitertarifs mehrfache Unterbrechungen. Die Ende November erneut aufgenommenen Verhandlungen in Leipzig verliefen sogar resultatlos infolge der unannehmbaren Zumatungen der Prinzipale, die offenbar unter dem scharfmacherischen Einflusse des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer standen. Diesem war es eben darum zu tun, die Tarifgemeinschaft mit dem Hilfspersonal in Trümmern gehen zu lassen, um bei der seit Wochen schon im Gange befindlichen Tarifbewegung der Litographen und Steindrucker freie Hand zu haben. Der Vermittlung des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker war es indessen zu verbanden, daß erneute Tarifverhandlungen am 18. Dezember in Berlin zustande kamen, die denn auch zum Abschluß eines neuen Tarifs führten, der den Hilfsarbeitern nicht zu unterschätzende materielle Aufbesserungen gegen einige Zugeständnisse in prinzipiell unstrittenen Punkten brachte.

Bei den Verhandlungen selbst ließen die Vertreter der Berliner Hilfsarbeiter eine passive Haltung erkennen. Sie sich um so fähbarer bei den Verhandlungen bestmöglich machte, als gerade von den Vertretern der bestbezahlten Gruppen, denen die Prinzipale die niedrigsten Prozentzuschläge boten, nicht die geringsten Anstrengungen gemacht wurden, höhere Zuschläge zu erreichen. Diesem Umstande wird es zum größten Teil zugeschrieben, daß der Satz von 6 Proz. für Arbeiter mit über 27 Mk. Lohn überhaupt Osej wurde. Einer solch unverantwortlichen Handlungsweise trat noch eine weitere Mißbilligkeit an die Seite. Um die Lohnsätze auf der im Beschlußprotokoll allgemein bezindeten Grundlages festzulegen, d. h. entsprechend den örtlichen Verhältnissen aufzurunden, sollten die beiderseitigen Vertreter an den einzelnen Orten zusammentreten. Am 21. Dezember führten jedoch die Vertreter der Berliner Hilfsarbeiter eine unverständliche Aussprache mit den Prinzipalen herbei, in der sie unter gleichzeitiger Einreichung erhöhter Forderungen erklärten, auf der allgemeinen Grundlages der Tarifvereinbarungen vom 18. Dezember nicht für Berlin abzuschließen zu können. Die Prinzipalvertreter erklärten sich zwar für nicht kompetent zur Bewilligung der gestellten Forderungen, waren aber bereit, am 20. Dezember in Verhandlungen über die für Berlin geforderten Lohnsätze einzutreten. Wer zu dem festgesetzten Termine nicht erschien, das waren die Vertreter der Berliner Hilfsarbeiter, die schon auf Grund der Abmachungen vom 18. Dezember verpflichtet gewesen wären, zu der örtlich festgesetzten Lohnkommissionsitzung zu erscheinen, um dort die für Berlin gültigen Bestimmungen mit der Gegenpartei zu vereinbaren. Durch diese mehr als sonderbare Handlungsweise sahen sich die Prinzipalvertreter veranlaßt, entsprechend den Beschlüssen vom 18. Dezember die Lohnsätze für Berlin auszurechnen und diese dem Tarifamt als letzter entscheidender Instanz zur Begutachtung vorzulegen. Zu der vom Tarifamt auf den 3. Januar 1912 angesetzten Verhandlung waren die Arbeitervertreter wiederum nicht erschienen. Sie teilten vielmehr mit, daß die von Berlin gestellten Forderungen aufrecht erhalten würden, und ein Spruch des Tarifamts nicht anerkannt werde. Dabei hatten dieselben Vertreter am 18. Dezember der Feststellung zugestimmt, daß in allen Fällen, wo zwischen den Parteien eine Verständigung nicht erfolgt, das Tarifamt in letzter Linie entscheidet! Da die Vertreter der Berliner Prinzipale erklärten, sich bedingungslos dem Spruche des Tarifamts fügen zu wollen, lag die Möglichkeit nahe, daß die von den Prinzipalvertretern gezwungenermaßen einseitig festgesetzten Lohnsätze durch Entscheid des Tarifamts Gültigkeit erlangten. Um diese Gefahr von den Berliner Buchdruckereihilfsarbeitern abzuwenden, nahmen die sich ihrer Pflicht bewußten anwesenden Vertreter des Verbandsvorstandes der Hilfsarbeiter die Interessen ihrer Mitgließer wahr. Es gelang ihnen auch, das zu erreichen,

was von den Berliner Hilfsarbeitern in deren Versammlung am 31. Dezember 1911 gefordert wurde: für Nachschaffler 30 Mk. und für Nachtrationsarbeiter 32 Mk. Daburh besteht zwischen den zuletzt aufgestellten Forderungen und den beschlossenen Lohnsätzen keine erhebliche Differenz mehr, und in übrigen wurden die Löhne mit Ausnahme von drei Positionen so festgesetzt, wie sie den Berliner Prinzipalvertretern in der unverbindlichen Aussprache am 21. Dezember von den Hilfsarbeitervertretern vorgelegt wurden. Da die Verbandsleitung statutarisch berechtigt war, jederzeit für alle Verbandsmitglieder rechtsverbindliche Vereinbarungen auf dem Lohn- und Tarifgebiet abzuschließen, taten ihre Vertreter nur ihre Pflicht, wenn sie von diesem Rechte Gebrauch machten und dadurch weitere Komplikationen auf tariflichem Gebiete verhinderten.

Durch ihr entschlossenes Handeln leistete die Leitung des Hilfsarbeiterverbandes nicht nur der Tarifgemeinschaft einen wertvollen Dienst, sondern sie erparte dadurch auch der von ihr vertretenen Organisation eine moralische Niederlage. Wenn andere Arbeiterkategorien in der Aufrechterhaltung und Sicherung von Tarifverträgen einen Fortschritt erblickten, so kann auch das Hilfspersonal in dieser Beziehung einen Erfolg buchen, der um so schwerer ins Gewicht fällt, als die Prinzipale in einer ganzen Anzahl von Orten, darunter Leipzig, es direkt abgelehnt hatten, sich an einer Tariferneuerung für das Hilfspersonal zu beteiligen. Freilich wird der erzielte Erfolg keineswegs von allen Arbeitern gemüßigt werden, auch dann noch nicht, wenn sie sehen, wie jetzt von den Leipziger Prinzipalen, beeinflusst von den Scharfmachern des Schutzbundes, den Stein- und den Buchdruckereihilfsarbeitern auf fünf Jahre gültige verschlechterte „Bestimmungen“ zu diktiertem Versuch wird.

Aus der Kurzsichtigkeit der Arbeiter haben die Arbeitgeber vieler Berufe noch immer ihre besten Ernten geholt. Trotzdem den Forderungen der Berliner Mitgliedschaft durch den Tarifabschluß Rechnung getragen wurde, besteht der Konflikt weiter. Wie viel geistige Kraft wird wieder an die Bekämpfung der dem Hilfsarbeiterverbande von Berlin drohenden Quertreibereien verschwendet werden müssen, die viel nutzbringender im Interesse dieser Organisation hätte verwendet werden können! Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, der die sämtlichen Mitglieder auf dem Posten finden sollte, um den Tarif einzuführen und zu verallgemeinern, muß ein außerordentlicher Verbandstag zusammengetreten, um die Schwierigkeiten in den eignen Reihen zu beseitigen. Möge es ihm mit Hilfe aller weiterdenkenden Mitglieder gelingen! Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ veröffentlicht in seiner letzter erschienenen Nummer die Erklärung der Leitung des Hilfsarbeiterverbandes. Es redet im Hinblick auf den vorläufigen Separationsbeschuß der Berliner Filiale eine recht deutliche Sprache und versteht nicht, die Berliner Hilfsarbeiter und ihre Führer, die die größte Schuld trifft, auf die Konsequenzen aufmerksam zu machen, die aus der Durchführung des gefassten Beschlusses auf organisatorischem und tariflichem Gebiet erwachsen.

Es war uns der erfreulicheren Seite des Gewerkschaftslebens der jüngsten Zeit zuzuwenden, müssen wir noch des fast vier Monate währenden erbitterten Kampfes der Lithographen und Steindrucker gedenken. Fast schien es, als ob nach Beseitigung der Umstände, die das Scheitern der vorletzten Beratungen zwischen den Vertretern der Gehilfen und denen des Schutzbundes der Prinzipale herbeiführten, die neuerlichen Einigungsverhandlungen am 10. und 11. Januar von Erfolg gekrönt sein würden. Aber es schien nur so. Nachdem zwei volle Tage zwischen den beiderseitigen Vertretern verhandelt worden war, scheiterte auch der abermalige Einigungsversuch an dem Widerstande der Prinzipale. Schon allein die Ablehnung jeder Lohnzulage machte den Gehilfenvertretern die Annahme der geringen Zugeständnisse der Prinzipale in bezug auf Arbeitszeit, Mindestlohn, Bronzedruck usw. unmöglich. Vollständig ablehnend verhielten sich die Prinzipale ferner noch betreffs der Regelung des Lehrlingswesens, einer Beschränkung der Überstundenarbeit, der Vereinbarung von Ferien, der Beseitigung der Afford-, Heim- und Prämiendarbeit. Eine am Abende des zweiten Verhandlungstages abgehaltene Gauerterkonferenz kam nach eingehender Beratung zu dem einstimmigen Beschlusse, den abzuschließenden Vereinbarungen in der jetzigen Formulierung die Zustimmung zu verweigern. Gleichwohl schlug jedoch diese Konferenz eine zweite Sitzung über die Vorlage vor, um Ergänzungsvorschläge unterbreiten zu können. An dieser zweiten Sitzung saßen außer den Vertretern des Hauptverbandes des Gehilfenverbandes auch einige Gauerleiter teilzunehmen. Dadurch zeigt die Organisation der Lithographen und Steindrucker, daß sie gewillt ist, den Weg zum Friedensschlusse bahnen zu helfen, der indessen erst dann möglich werden wird, wenn auch der Schutzbund der Prinzipale den bisher festgehaltenen Standpunkt aufgibt.

Gegenüber diesem noch nicht seinem Ende zugeführten langwierigen Kampf im graphischen Gewerbe kann mit Befriedigung von der erfolgreichen Beendigung der Tabakarbeiterausperrung Notiz genommen werden. Dieser große Kampf der Tabakarbeiter gegen ein rücksichtsloses Vorgehen des westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes hat in der gesamten deutschen Arbeiterenschaft Interesse erregt und lebhaftes Sympathien ausgelöst. Einmal deshalb, weil von dem genannten Fabrikantenverbande ganz offen ausgesprochen worden war, daß der Kampf den Organisationen der Tabakarbeiter gelte, und wohl auch aus dem Grunde, weil die geforderte geringfügige Lohn-erhöhung bei einer Mithoer Firma und bei Lemgoer Firmen in brüskier Weise abgelehnt und nach erklärtem

Streit mit der Ausperrung niedergehalten werden sollte. Als die Ausperrung der westfälisch-lippischen Arbeiter-Zasache geworden war, beauftragten bekanntlich die Sauerländer und Bremer Tabakarbeiter diese, soweit sie bei den Firmen beschäftigt waren, die in Westfalen ausgesperrt hatten, mit dem Sympathiestreik. Daraufhin legten sich auch die Fabrikantenvereine der genannten Orte ins Mittel und sperrten aus Solidarität mit ihren in Westfalen produzierenden Mitgliedern aus, so daß schließlich etwa 13500 Mann am Kampfe beteiligt waren. Nunmehr kann der Streik der Fabrikanten als gründlich vorbeigezogen bezeichnet werden. Durch Vermittlung des Landrats Cornelien in Minden bzw. der von diesem Beauftragten, des Landrats Borries in Herford und des Oberbürgermeisters Holand in Lemgo, gelang es, die ursprünglich bestreikten Firmen zur Gewährung von Lohnserhöhungen zu veranlassen. Auf 108 Sorten erhielten die Zigarrenmacher Lohnzulagen von 25 Pf. bis zu 1 Mk. pro Tausend; außerdem wurden noch verschiedene andre, die Arbeit erleichternde Zugeständnisse gemacht, und auch die Sortierer erhielten Zulagen bis zu 40 Pf. pro Tausend. Nach Annahme dieser Aufbesserungen erklärten die Arbeiter der Mithoer und Lemgoer Firmen den Streik für aufgehoben, und damit war der allgemeine Frieden im Gewerbe gesichert. Am 8. Januar beschloßen dann die Fabrikanten, am 9. die Christlichen und am 10. d. M. die beiden freigewerkschaftlichen Verbände den Kampf zu beenden, und zwar auf Grund bestimmter Vereinbarungen allgemeiner Natur. Darin erklärt sich der westfälische Zigarrenfabrikantenverband u. a. bereit, nach Beendigung der Ausperrung und nach Wiederaufnahme der Arbeit seinen Mitgliedern zu empfehlen, freiwillig in den einzelnen Betrieben seines Bezirks in eine Revision der Löhne zu Anfang des kommenden Frühjahr einzutreten. Hoffentlich bleibt es nicht nur bei dieser Empfehlung, sonst wären die erzielten Erfolge mit dem dreimonatigen Kampfe vielleicht zu teuer erkauft. Das durch die Solidaritätsleistung aller Gewerkschaftsrichtungen zustande gekommene Gesamtergebnis verdient aber immerhin entsprechende Würdigung.

Die Entwicklung der freien Gewerkschaften veranschaulicht das Organ der Generalkommission in seinem Rückblick auf das Jahr 1911. Betrug die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1910 2128021, so wuchs sie nach den zurzeit vorliegenden Abrechnungen vom dritten resp. zweiten Quartale 1911 auf 2378304 in 49 von 51 angeschlossenen Verbänden an. Der Mitgliederzuwachs dieser Verbände gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres beträgt 301386 oder 14,65 Proz. Da nur noch die Mitgliederzahlen von zwei kleineren Verbänden fehlen, werden erhebliche Änderungen kaum mehr eintreten. Wenn der durchschnittliche Mitgliederzuwachs von 14,65 Proz. auch für die Jahresrückblicksziffern der gleiche bleibt, werden die freien Gewerkschaften mit einer Zunahme von etwa 312000 Mitgliedern rechnen können, was einer Gesamtmitgliederzahl von 2440000 gleichkommen würde. Das wäre ein Mehr von 300000 Mitgliedern in einem Jahre und von nahezu 550000 in den beiden letzten Jahren. Das Ziel der dritten Million wird hoffentlich in nicht zu ferner Zeit erreicht werden. Einen großen Anteil an diesem Erfolge schreibt das „Korrespondenzblatt“ den großen Industrieverbänden zu, von denen der Bauarbeiterverband um 63650, der Metallarbeiterverband um 63520, der Transportarbeiterverband um 45283, der Fabrikarbeiterverband um 22069, der Holzarbeiterverband um 18117 und der Textilarbeiterverband um 11659 Mitglieder zunahm. Diese sechs Verbände vereinigten im dritten Quartale 1910 61,2 Proz. der Gesamtzahl der Mitglieder der Gewerkschaften und hatten bis zum dritten Quartale 1911 74,4 Proz. des gesamten Mitgliederzuwachses. Über nicht unerwähnt darf bleiben, daß auch eine Reihe anderer Verbände, so der Blumenarbeiter, Gemeinbedarfer, Fleischer, Handlungsgehilfen, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter und Stukkateure, um mehr als 20 Proz. an Mitgliedern zugenommen und dadurch ganz wesentlich zu dem Erfolge des verfloßenen Jahres beigetragen haben. Insbesondere aber müssen die starken Mitgliederzunahmen der erst jüngst verschmolzenen Verbände der Bauarbeiter und der Transportarbeiter als ein erfreuliches und auszeichnendes Symptom bezeichnet werden. Was das „Korrespondenzblatt“ in seinem Rückblicke sonst noch zu sagen hat, verdient sicher auch bei den Buchdruckern Beachtung, weshalb es zur Nuzanwendung hier wörtlich wiedergegeben sei:

Bedenklicher sind gewisse Erscheinungen, die in den letzten Jahren beim Abschlusse von Lohnbewegungen und Kampfen zutage traten und die sich geradezu häufen. Mehrfach sind in Versammlungen, die über die ernstesten Situationen zu entscheiden hatten, die Leiter und Angestellten der Organisation aus der Mitte der Versammelten in größtmöglicher Weise beschimpft, des Verrats und der Verrücktheit bezichtigt und sogar niedergeschrien worden. Dabei handelt es sich um das Vorgehen turbulenter Elemente gegenüber Kollegen, die in ihrer Berufsorganisation eine Lebensarbeit zum Wohle der Gesamtheit geleistet haben, die das Vertrauen der Kollegenchaft zu ihrem Posten berief und die auch heute noch unzweifelhaft das volle Vertrauen der großen Mehrheit der Kollegenchaft genießen. Ein unfähig bitteres Gefühl muß sich dieser Arbeitervertreter bemächtigen, die gerade in der verantwortungsvollsten Stunde ihres Lebens, wo von ihrem eifrigen Rate, die Lebensinteressen von Tausenden und das Interesse des ganzen Verbandes abhängen, schuldig solchen Verunglimpfungen preisgegeben sind. Es läßt sich verstehen, daß angesichts solcher Erscheinungen das Problem der „Massen und Führer“ in ernsthafte Erwägung gezogen

und die Entscheidung über den Abschluß von Kämpfen mehr und mehr dem Votum zufällig zusammengesetzter Versammlungen entzogen wird. Daß die verantwortlichen Gewerkschaftsleitungen nicht die Hand dazu bieten können, die Organisation einzelnen unverantwortlichen Versammlungsleitern auszuliefern, liegt klar auf der Hand, denn sie haben der Generalversammlung Rücksicht über ihre Wahrung der Verbandsinteressen abzulegen und würden dort schlecht bestehen, wenn sie in gefährlichen Situationen das Schiff steuerlos mit dem Strome treiben lassen. Je mehr sich also bei dem Abschlusse von Lohnkämpfen der Unflug der Verunglimpfung und Unpöbelung gegenüber Verbandsvertretern in Versammlungen breitmacht, desto entscheidender ist darauf zu dringen, die Gewerkschaftsleitungen dahin zu regeln, daß nur Vertreterversammlungen über solche Situationen zu entscheiden haben. Im übrigen kann nicht dringend genug geraten werden, ein wachsam Auge auf die anarchisierenden Elemente zu haben, die der Massenstrom von Jahr zu Jahr in immer größerer Zahl den Gewerkschaften zuführt und die mehr desorganisiert, zersetzend wirken. Schädigen sie das Gesamtinteresse der Organisation durch Hege gegen die verantwortlichen Verbandsleiter und durch Verschimpfung derselben in Versammlungen, dann gehe man rücksichtslos gegen diese Leute vor, ehe es zu spät ist. Hand in Hand mit dieser Reinigungsarbeit muß eine nachhaltige Erziehungsarbeit einsehen, die inständig ist, die Tausende neugewonnener Mitglieder zu guten, wohlbiplomierten Gewerkschaftskämpfern zu machen. Ohne Organisationsdisziplin können Gewerkschaftskämpfe nicht erfolgreich geführt werden, das gilt bei der gegenwärtigen Nischenausbeutung der Kämpfe und gegenüber den mächtvollen Arbeitgeberverbänden mehr als je zuvor. In solchen Kämpfen ist kein Platz für Mörger und Quertreiber, die ihr Handwerk besser außerhalb als in der Gewerkschaft betreiben. Als hocherfreuliches Symptom darf gegenüber diesen Treibern die einmütige Zurückweisung bezeichnet werden, die der Dresdener Gewerkschaftskongress den Veruchen außerhalb der Gewerkschaften stehender Personen, Mißtrauen zwischen Verbandsangestellten und Verbandsmitgliedern anzufachen, widerfahren ließ. Er würde in gleicher Weise die Angriffe einzelner Parteiredeuteure gegen den Buchdruckerverband zurückgewiesen haben, wenn deren Preßtreibern nicht erst nach seiner Tagung infiziert worden wären. Ein Kommentar würde die Wirkung dieser beherrschenswerten Ausführungen nur abschwächen.

Das Jubiläum ihres 40- bzw. 10-jährigen Bestehens konnten mit Beginn des neuen Jahres zwei deutsche Gewerkschaftsorganisationen begehen: der Zentralverein deutscher Hutmacher und der Verband der Kürschner. Auf dem ersten Kongresse deutscher Hutmacher, der am 16. Juli 1871 in Leipzig tagte, beschloßen 32 Vertreter aus 20 Orten resp. Bruderschaften, sich zum Zentralvereine deutscher Hutmacher zusammenzuschließen und am 1. Januar 1872 die Vereinsstätigkeit aufzunehmen. In ihrer Hoffnung, durch eine große, 1400 organisierte Gehilfen betreffende Ausperrung die junge Organisation lahmzulegen, sahen sich die Unternehmer zu ihrem Leidwesen bitter getäuscht. Auch den behördlichen Verfolgungen unter dem Sozialistengesetze gelang es nicht, dem Verbands dauernden Schaden zuzufügen. Um einer Auflösung zu entgehen, sah sich der Hutmacherverband zu ähnlichen Maßnahmen gezwungen wie der unfrige. Er verlegte seinen Sitz von Leipzig nach dem nahen Altenburg. Dort mußte er sich jedoch ebenfalls jeder Aktion enthalten und sich lediglich dem Unterhaltungsweesen widmen. Nach dem Falle der sein Tätigkeitsgebiet einengenden gesetzlichen Fesseln entsaltete der Verband der Hutmacher, der rund 10000 Mitglieder umfaßt, eine rührige gewerkschaftliche Tätigkeit. Der Verband der Kürschner blüht zwar erst auf eine zehnährige gewerkschaftliche Wirksamkeit zurück, obwohl sich die Kürschner schon lange vor der Gründung eines Zentralverbandes in Lokalorganisationen in Markranstädt, Berlin und Hamburg gewerkschaftlich betätigten. Eine im Jahre 1890 bereits gegründete Zentralorganisation der Kürschner konnte sich nur kurzen Daseins erfreuen. Im Oktober 1901 beschloß dann eine nach Leipzig einberufene Konferenz von Vertretern der Lokalorganisationen und des Verbandes der Kürschner die erneute Gründung eines Zentralverbandes, der am 1. Januar 1902 seine Tätigkeit aufnahm. Am 1. Oktober 1911 zählte der Verband 2684 männliche und 1406 weibliche Mitglieder in 49 Filialen. Vor Jahresfrist erst hatte der rührige Kürschnerverband einen hartnäckigen Lohnkampf in Leipzig auszufechten. Möge beiden Arbeiterverbänden eine gedeihliche Entwicklung auch in Zukunft beschieden sein.

Korrespondenzen.

Braunschweig. Am 7. Januar fand eine Versammlung der Vertrauensmänner des Vororts, der Bezirksorte und des Bezirksverbandes statt, in welcher Bericht über die Einführung des revidierten Tarifs erstattet wurde. Sie war sehr zahlreich besucht. Vom Vororte konnte konstatiert werden, daß sämtlichen Gehilfen bis zu 3 Mk. über Minimum die tariflichen Sätze bewilligt wurden, einigen auch etwas darüber. Bei den höherentlohnerten wurde im allgemeinen nach den Vorschlägen des Deutschen Buchdruckervereins verfahren. Nur zwei zu dieser Kategorie zählenden Gehilfen wurde keine Zulage zuteil, einigen Kollegen wurden die vorgeschlagenen Sätze nicht voll gewährt; während auf der andern Seite aber auch eine Anzahl Firmen über die vom Prinzipal-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 20. Januar 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Nr. 8.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

verein empfohlenen Sätze hinaus Zulagen gewährte. Charakteristisch ist, daß dieses fast nur kleine Firmen sind, während sich die größeren und leistungsfähigeren Firmen nur zur Begleichung der vom Deutschen Buchdrucker-vereine vorgeschlagenen Sätze für verpflichtet hielten. Drei Tageszeitungen benutzten diese Gelegenheit, um ihre Inserententaxe zu erhöhen. Fast sämtliche in Betracht kommenden Firmen haben die Arbeitszeit an den Setzmaschinen verlängert. Das Berechnen wurde nicht eingeführt. Aus Wolfenbüttel wird berichtet, daß in den drei Druckereien die tariflichen und auch die vorgeschlagenen Zulagen des Deutschen Buchdruckervereins bewilligt wurden. Die Arbeitszeit an den Setzmaschinen wurde verlängert. Holzwinden berichtete ebenfalls, daß der neue Tarif in den drei Druckereien am Orte glatt und ohne Schwierigkeit eingeführt sei. Dasselbe wurde auch von Vienenburg gemeldet. In Bad Harzburg erhielten sämtliche Gesellen auf ihre bisherigen Löhne die volle zehnpromzentige Zulage. In Schöningen ebenfalls glatte Einführung, eine Anzahl Gesellen erhielt 1 Mt. über die tarifliche Sätze. Aus den kleineren Druckorten Langelsheim, Seesen und Stadoldendorf mit insgesamt fünf Gesellen war leider kein Bericht eingegangen.

Buer i. W. (Ortschaften Buer, Glabbeek, Bortrop, Horstermark). Die am 7. Januar stattgehabte Generalversammlung beschäftigte sich zunächst in vorwiegender Weise mit der Tarifeinführung. In der Westfälischen Verlagsdruckerei in Buer erhielt das Personal schon am 23. Dezember die tarifliche Zulage. Die mit mehr denn 3 Mt. über dem Minimum entlohnten Kollegen erhielten eine Aufbesserung von 2,50 bis 3 Mt. In den Druckereien der Orte Bortrop, Glabbeek und Horstermark gelangte zwar der Tarif zur Einführung, jedoch ist in den beiden ersteren Orten das Entgegenkommen der Inhaber den bisher besser Entlohnenten gegenüber nicht zufriedenstellend. Des weiteren wurde angeführt, daß eine Druckerei in Glabbeek, namens Biring, in der bis heute unsere Mitglieder nicht konditionierten, in erpöbtem Maße Spinnstoffkonkurrenz betreibt, worunter der tariffreie Prinzipal in Glabbeek besonders zu leiden habe; auch die Mühseligkeit der Besetzung in jenem Kunststempel verfährt hinsichtlich der Zahl nach unserm Begriffe gegen die guten Sitten. Dem Vorstande wurde zur Aufgabe gemacht, diesfalls die nötigen Schritte einzuleiten. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, mit Ausnahme des Schriftführers, der eine Wiederwahl grundsätzlich ablehnte. Außerdem wurde ein zweiter Vorsitzender neu hinzugewählt. Das diesjährige Stiftungsfest soll am 17. Februar gefeiert werden. Unterlassen sei es nicht, zu bemerken, daß seit Beginn der Tabakarbeiterausperrung ein Sonderbeitrag von 20 Pf. pro Mitglied und Woche erhoben wird.

Charlottenburg. In der am 13. Januar abgehaltenen Generalversammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Versammlungsbesuch läßt noch zu wünschen übrig. Als Vorsitzender wurde Kollege Wilhelm Uhrer neu gewählt, während Kollege Spilner als Kassierer und auch die Schriftführer wiedergewählt wurden.

Gießhütten (Bayern). Unser Ortsverein wählte in der am 5. Januar stattgehabten Generalversammlung seinen bisherigen Vorsitzenden, Kollegen G. Seebach, wieder, ebenso den Kassierer, Kollege Thomas Kriegl. Die Tarifeinführung ging glatt und ohne jede Störung vonstatten. Der Vorsitzende gab über diese Tatsache seiner Befriedigung Ausdruck und dankte insbesondere dem Gesellenvertreter Seig (München) für seine im Interesse der Gesellen geleistete Arbeit gelegentlich der Tarifverhandlungen.

Greifswald i. Schl. Am 13. Januar hielt der hiesige Ortsverein seine Generalversammlung ab. Nach Erstattung des Jahres- und Kassierenberichts erfolgte die Vorstandswahl und wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Heidelberg. Zu der am 13. Januar stattgehabten Versammlung hatten sich von 120 Mitgliedern 48 eingefunden. Nach Genehmigung eines Aufnahmegeruchs erstattete der Vorsitzende Bericht über die Einführung des neuen Tarifs in unserm Bezirke, die am Vororte bis auf einige Differenzen die aber inzwischen behoben sind) glatt vor sich ging. Leider fehlte es auch nicht an unerfreulichen Begleiterscheinungen, die schon im Situationsbericht gekennzeichnet wurden. Um die Mitglieder mit dem neuen Tarife vertraut zu machen, wurde beschlossen, diesen abschnittsweise in den Versammlungen zu besprechen. Pflicht der hiesigen Kollegen ist es, das nunmehr Erreichte hochzuhalten und nach wie vor auf dem Posten zu sein.

Fr. Gerne. Zu der am 13. Januar einberufenen Ortsvereinsversammlung hatten sich von 33 Kollegen 25 eingefunden; im allgemeinen erscheint nur wenig mehr als die Hälfte. Nachdem einige „Geschäftliche Mit-

teilungen“ erledigt waren, erstattete der Vorsitzende in der den Jahresbericht. Der Kassierenbericht ergab einen Bestand von 34,62 Mt. Beim Punkte „Tarifliches“ zeigte sich, daß der neue Tarif in den einzelnen Druckereien mit Ach und Krach durchgeführt ist. Die Maschinenbesitzer dürfen auch hier eine halbe Stunde länger arbeiten. Über 3 Mt. über das Minimum entlohnte Kollegen haben auch hier keinen Grund, Lobeshymnen zu singen. Beim 6. Punkte der Tagesordnung wurde die Veranstaltung eines Fastnachtsvergnügens beschlossen. Nachdem noch unter „Verschiedenes“ einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband. — In unserer Generalversammlung wurden die Kollegen August Lindner als Vorsitzender und Kollege Max Buchmüller als Kassierer gewählt.

München. Zur Unterstützung der bis vor kurzem ausgeperrt gemessenen Tabakarbeiter hat die Mitgliedschaft Münchens 300 Mt. aufgebracht. Der Gau Bayern unterstützte die Tabakarbeiter außerdem mit 200 Mt.

Rundschau.

Die bayerische Regierung und der neue Buchdrucker-Tarif. Wie wir übereinstimmenden Meldungen der bayerischen Presse entnehmen, hat das bayerische Staatsministerium mit Rücksicht auf den nunmehr in Kraft getretenen neuen Lohnstarif im Buchdruckgewerbe die Kreisregierungen, Kammern des Innern usw. neuerdings wieder daran erinnert, daß bei Vergabung von staatlichen Druckaufträgen in der Regel nur tariffreie Druckereien zu berücksichtigen seien. Gleichzeitig wurden die Regierungen beauftragt, die unterstehenden staatlichen Behörden neuerdings entsprechend anzuweisen und dabei auch darauf aufmerksam zu machen, daß bei Auswahl der hiernach in Betracht kommenden Firmen auf die ortsansässigen Gewerbetreibenden, sofern diese in entsprechender Weise und zu angemessenen Preisen liefern können, tunlichst Rücksicht zu nehmen ist. Den Gemeindebehörden wird ein gleiches Verhalten bei Vergabung gemeindlicher Druckaufträge wiederholt empfohlen. Dieser Beweis, besonders sozialpolitischer Einsicht seitens der Regierung des zweiten größten deutschen Bundesstaates und die dadurch bezeugte Sympathie für die Gewerkepolitik im Buchdruckgewerbe verdient unsere Anerkennung. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die maßgebenden Stellen der übrigen deutschen Bundesstaaten sich in gleicher Weise entschließen könnten.

Die Reorganisation der Allgemeinen Deutschen Buchdruckerunterstützungskasse. Wie wir schon in den Nummern 128 und 130 des vorigen Jahrgangs mitteilen, hat die in einer abgelegenen Fremdenpension zu Eisenach am 28. Oktober abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der „selbständigen“ und „neutralen“ Unterstützungskasse für Buchdruckergehilfen, denen unser Verband zu selbständig erscheint, auch eine sogenannte Revision ihrer finanziellen Grundlagen vorgenommen. Daß dadurch die Mitglieder vieler Teile in den Beutel greifen und obenreihen sich noch manche Bescheidung ihrer früheren Rechte gefallen lassen müssen, haben wir damals schon kurz angedeutet. Dieser Tage veröffentlichte nun der „Allgemeine Anzeiger für Druckereien“ einen eingehenderen Bericht über die Beschlüsse jener Tagung hinsichtlich der inzwischen in Kraft getretenen anderweitigen Gestaltung des Beitrags- und Unterstützungswesens. Es wurde danach das Eintrittsgeld auf 2 Mt. festgesetzt und die Beiträge zur Invalidentasse um 15 Pf. erhöht, so daß für die Arbeitslosenklasse 15, für Kranken- und Invalidentasse je 55 Pf., zusammen also wöchentlich 1,25 Mt. zu zahlen sind. Während der Dauer der Arbeitslosigkeit oder Krankheit sind 20 Pf. pro Woche zu leisten. Der von den Prinzipalen bisher für jedes beschäftigte Kassennmitglied zu zahlende wöchentliche Beitrag ist in Wegfall gekommen, dafür ersühren die jährlichen Pauschalbeiträge der außerordentlichen Prinzipalmitglieder eine Veränderung; es sind zu zahlen bis 2 Gehilfen: 6 Mt., 3-5 Gehilfen: 10 Mt., 6-10: 15 Mt., 11-15: 25 Mt., 16-20: 35 Mt., 21-30: 50 Mt., 31-40: 75 Mt., 41-50: 100 Mt., 51-60: 130 Mt., 61-80: 160 Mt., 81-100: 200 Mt., 101-150: 250 Mt., 151 und darüber 300 Mt. Die örtlichen Verwaltungsstellen werden von einem aus 3 bzw. 4 Gehilfen und Prinzipalen in gleicher Zahl zusammengesetzten Vorstande geleitet. Die Kreisunterstützung beträgt nach 52 Wochenbeiträgen 1 Mt. für 140 Tage, nach 150 Beiträgen 1,25 Mt. für die gleiche Zeit. Die Ortsunterstützung beträgt nach 52 Beiträgen 1,25 Mt. für 70 Tage, nach 150 Beiträgen 1,25 Mt. für 140 Tage und erhöht sich nach 520 Beiträgen auf 1,50 Mt. für 140 Tage. Die Umzugsunterstützung wurde von 30 bis 40 Mt. auf 40-50 Mt. erhöht. Begräbnisgeld wird nur aus der Krankentasse bezahlt, und zwar nach 52 Beiträgen 50 Mt., nach 104 Beiträgen 75 Mt., nach 210 = 100 Mt., nach 1040 = 150 Mt., nach 1300 = 200 Mt. Die Ravenszeit bei der Invalidentasse beträgt 15 Jahre,

für im Gründungsjahre 1895 oder bis Ende 1909 im ersten Lehrjahre beigetretene Mitglieder nur 5 Jahre, und zwar werden gezahlt nach 200 Beiträgen wöchentlich 5 Mt., nach 520 Beiträgen 6 Mt., nach 780 Beiträgen 7 Mt. und nach 1300 Beiträgen 8 Mt. Sofern Invaliden mit irgenweiner nachweisbaren Beschäftigung noch so viel verdienen, daß der Arbeitsverdienst mit dem Invalidentgelt und der staatlichen Invalidentrente zwei Drittel des tariflichen Minimums des letzten Arbeitsortes ergibt, verringert sich das Invalidentgelt um die Hälfte; wird das Minimum erreicht, so fällt die Invalidentunterstützung gänzlich fort. Durch diese letztere Bestimmung soll einer früher vorgekommenen unberechtigten Ausnutzung der Kasse vorgebeugt werden. Aus dieser kurzen Zusammenfassung der neuen Pflichten und Rechte für Mitglieder der Allgemeinen Deutschen Buchdruckerunterstützungskasse ist mit Bechtigkeit zu ersehen, daß sowohl bezüglich der Beitragshöhe wie auch der dafür in Aussicht gestellten Unterstützungen ein großer Unterschied zwischen Recht und Pflichten der Mitglieder unsres Verbandes und jenen der Allgemeinen Deutschen Buchdruckerunterstützungskasse besteht. Durchweg haben die Verbandsmitglieder für einen verhältnismäßig geringeren Beitrag höhere finanzielle Vergünstigungen, ganz abgesehen von sonstigen wirtschaftlichen und ideellen Vorteilen, die durch unsre Verbandsbestrebungen ermöglicht werden. Besonders das letztere in Betracht gezogen, muß man sich nur über die Kürzlichkeit jener Gehilfen wundern, die sich durch die „neutralen“ Lokrufe der Allgemeinen Buchdruckerunterstützungskasse heute noch ungarne lassen.

Musterfundungen als Druckfächer. Nach einem neueren Bescheide des Reichspostamts sollen in Zukunft offene Sendungen bedruckter Papierbogen oder Papierstücke nur dann der Tasse für Warenproben unterliegen, wenn ihr Inhalt als Papiermuster dient. Sofern jedoch die Papierbogen oder Papierstücke nicht lediglich das Papier, sondern gleichzeitig oder auch allein den Druck bemustern sollen, gelten dieselben nicht als Warenproben, sondern als Druckfächer und sind demgemäß zur Beförderung gegen die Druckfächerzettel zugelassen. Es sind also beispielsweise Proben von Siegelmarken, Maschinen- oder Zigarettenetiketten, Plakaten, Fahrscheinen, Vorkarten usw. zur Versendung gegen die Druckfächerzettel zugelassen.

Flugblätter- und Stimmzettelverteilung für die Reichstagswahlen. Da im Geschäftsbetriebe der Buchdruckereien bezüglich gesetzlicher Vorschriften über die Reichstagswahlen oft Fragen zu beantworten oder zu berücksichtigen sind, machen wir darauf aufmerksam, daß auch für die Stichwahlen die gleichen vereinsgesetzlichen Ausnahmebestimmungen Geltung haben wie für die Hauptwahlen. In Nr. 144 des vorigen Jahrgangs haben wir das hauptsächlichste davon bekanntgegeben. Bemerken wollen wir jedoch noch einmal, daß die Verbreitung von Flugblättern und Stimmzetteln auch zur Stichwahl ohne besondere polizeiliche Erlaubnis gestattet ist.

Von den Feinden des Koalitionsrechts. Wie berechtigt unsre Abwehr gegen arbeiterfeindliche Strömungen in gewissen politischen Parteien ist, ergibt sich neuerdings aus einer Rede des gewissen Reichstagsabgeordneten Öhring (Zentrum), die dieser am 1. Januar dieses Jahres in St. Ingbert in einer Wählerversammlung gehalten hat. Er sagte nämlich: Die Klagen der Arbeitswilligen über den Terrorismus der roten Gewerkschaften seien berechtigt. Hier müsse das Gesetz mit aller Schärfe eintreten. Es müssen neue Gesetzesparagrafen geschaffen werden, damit dieser rote Terrorismus beseitigt werde; das Streikpostenfachen der Sozialdemokraten müsse durch neue, äußerst scharfe Gesetzesparagrafen bekämpft werden. In der Reichstagskommission hätten Wiesberts, Weder, Schirmer ganze Aktienstöße von Material zur Verfügung gehabt. So habe ein Streikposten gelegentlich eines Streiks einen Arbeitswilligen prügeln wollen; ein anderer Streikposten hätte sogar einen Arbeitswilligen mit dem Messer bedroht. Solche Zustände seien unhaltbar und er würde mit allen Kräften für Beseitigung dieser eintreten. Soweit Herr Öhring, zu dessen Ausführungen von unserm Standpunkt aus zu sagen wäre, daß auch wir Ausschreitungen der Streikposten mißbilligen, aber die Schaffung von Ausnahmegesetzen oder mit anderen Worten eine Verschärfung der bestehenden Strafbestimmungen für Streikvergehen und ähnliche Vergehen in Streikfällen nur als eine einseitige Begünstigung der Unternehmerrückstände einschätzen. Die heute schon bestehenden Bestimmungen zur Abmilderung solcher Vergehen reichen vollkommen aus, es sei denn, man schätze die Ehre eines Streikbrechers höher ein als seine eigene. Diese einfache Schlussfolgerung legt uns im Interesse der Gewerkschaftsbewegung die Pflicht auf, gegen jede weiteren Anbelagerungsversuche der Arbeiterseite ganz entschiedenen Front zu machen und alle unsere Kräfte auf ihre „Freunde“ in dieser Richtung entsprechend aufmerksam zu machen, damit sie dort, wo sie dazu in der Lage sind, dafür sorgen, daß solche Personen keinen weiteren Schaden anrichten können.

Preussische Vorbereitungen für ein Ausnahmeverfahren gegen die organisierte Arbeiterkraft. Die Vorbereitungen für das vom sächsischen Minister Witzthum v. Eckardt schon vor längerer Zeit in Aussicht gestellte Gesetz gegen den angeblichen „Terrorismus“ der Arbeiter bei Lohnbewegungen sind, wie kürzlich bekannt wurde, besonders in Preußen schon sehr weit gediehen. So hat man im preussischen Ministerium des Innern bereits ein Gelbbuch fertiggestellt, in dem das Material niedergelegt ist, das von Polizeibehörden und von den Scharfmachern geliefert wurde. Von diesem Gelbbuch hatte der sächsische Minister Kenntnis, als er im sächsischen Landtage mit so großer Sicherheit mitteilen konnte, daß die Gesetzgebung den Wünschen der konservativen und der national-liberalen Scharfmacher Rechnung tragen werde. Das Gelbbuch wird vorläufig der Öffentlichkeit noch nicht unterbreitet, aber aus der Tatsache, daß es fertiggestellt ist, darf man schließen, daß das Gesetz dem Reichstage schon bald zugehen wird. Das ist ein wichtiger Grund mehr für die organisierte Arbeiterkraft, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß der zukünftige Reichstag eine Zusammenfassung erhält, die die Annahme solcher Gesetze ausschließt. Denn selbstverständlich fehlen in dem Gelbbuch alle jene Terrorismussfälle von Unternehmern, die in Wirklichkeit in den meisten Fällen die Arbeiter erst dazu veranlassen, auch ihrerseits zu einer verschärften Abwehr zu schreiten.

Wahlpolitik der Kriegervereine. Kaum wären die Ergebnisse der diesmaligen Hauptwahlen zum Reichstage festgestellt, als der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes schon ein Flugblatt an seine Mitglieder herausgab, in welchem die Parole zur Stichwahl ausgegeben wird. Diese ist selbstverständlich nur auf den Begriff „patriotisch“ zugeschnitten. Was das zu bedeuten hat, haben wir schon in Nr. 4 des „Korr.“ unter der Stichmarke „National und patriotisch“ auseinandergesetzt. Alles was dort gesagt ist, trifft sinngemäß auch auf die gegenwärtige Wahlparole der Deutschen Kriegervereine zu. Hier wollen wir bei dieser Gelegenheit noch besonders hervorheben, daß die gegenwärtige Haltung der angeblich unpolitischen Kriegervereine so hochpolitisch ist, daß sie kaum noch von einer regelrechten politischen Partei übertroffen werden kann. Gegenüber dem Gesetz, das in einem fort erhoben wird, wenn Gewerkschaften und deren Organe den Schwierigkeiten auf den Grund gehen, die ihnen von politischer Seite entstehen, ist es jedenfalls eine sehr interessante Tatsache, daß gerade Vereine, die an und für sich mit Wirtschaftsfragen fast gar nichts zu tun haben, so gewaltig im politischen Fahrwasser segeln, ohne die Gefahr von dem einen solchen Verhalten entgegenstehenden Gesetze etwas Nachteiliges verspüren zu müssen. Bei ihnen ist Neutralitätsverletzung zur Selbstverständlichkeit geworden.

Ein Hochofenunglück. Im Bezirke Ruhrodt ereignete sich vor einigen Tagen auf der Hütte „Pöhrnit“ das schmerzliche Betriebsunglück in dem betreffenden Industriegebiete, seit vielen Jahren. Durch gewaltigen Druck herabstürzenden Erz in einem neuen Hochofen wurde der Mantel des letzteren zerprengt. Das flüssige Eisen

strömte heraus und tötete neun in der Nähe beschäftigte Arbeiter auf der Stelle; weitere sechs Arbeiter wurden schwer verletzt. Die Leichen der Getöteten wurden bis zur Unkenntlichkeit verrohlt.

Gewerkschaftsnachrichten. Im deutschen Zoliergewerbe ist nach längerem Verhandlungen ein Friedensschluß zustande gekommen. Der Bauarbeiterverband hat seine hauptsächlichsten Forderungen durchgesetzt. Infolgedessen wurden die bis zuletzt noch geführten Streiks und Sperren aufgehoben. — Einen vollen Erfolg erzielten die Militärattaker in Straßburg i. El. nach vierwöchigem Streite.

Bestorben.

In Augsburg am 11. Januar der Korrektor Anton Baur aus Mindelheim, 53 Jahre alt — Blutvergiftung. In Dresden am 12. Januar der Buchdruckerbesitzer W. Eichler. In Frankfurt a. M. am 13. Januar der Seher Hans Vader aus Kraillingen, 44 Jahre alt — Lungenentzündung. In Göttingen am 13. Januar der Seher Bernhard Kederly aus Sommerfeld, 43 Jahre alt. In Leipzig am 10. Januar der Seherinvalide Eduard Syhre aus Leipzig-Sellerhausen, 52 Jahre alt — Magentrebs.

Briefkasten.

Evangelischer Verlag in Heidelberg: Das uns zur Rechtfertigung Ihrer Firma notwendig erscheinende wird in der Donnerstagsnummer gelangt werden. — Genossenschaftler: Sie erhalten schriftlichen Bescheid. Werdhand mangelt noch der Raum. — Nach Hattlingen: „Stammt aus der christlich-bündlerischen Wafschzetteltüte“, aus der sich der „E. U.“ und Zentrumsblätter gern speisen lassen. Für uns ergibt dieses Geßäß nicht. Aber diese Kollegen, die gleich den Verband in Gefahr sehen, wenn diese ständigen Begeisterungen unserer Organisation dann und wann mit einem kräftigen Gieße pariert werden, sollten diesen Zentrumsblättern einmal klar machen, daß sie bei einer solchen Kampfweise gegen unsern Verband und bei den bekannten Lobeshymnen auf den „christlichen“ Gutenbergs nach normalen Begriffen doch nicht noch auf Anerkennung von seiten des „Korr.“ rechnen können.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 131. Fernsprechamt Kurkreis Nr. 1191. **Bezirk Gera.** Die Vertrauensleute und Einzelmitglieder des Bezirkes werden ersucht, bis zum 24. Januar Bericht von der Einführung des neuen Tarifs an Paul Feustel, Gera, Blauenische Straße 100, gelangen zu lassen. **Bezirk Rottbus.** Die Mitgliedschaftsvorstände bzw. Vertrauensmänner der Druckorte werden um baldige Einlieferung der Jahresberichte und eines Situationsberichts ersucht. **Emmerich a. Rh.** Der Drucker Jonny Krämer wird ersucht, seine Adresse umgehend an G. Weister's,

Mühlberg 35, gelangen zu lassen zwecks Mitteilung. Die verehrl. Funktionäre werden ersucht, R. auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Abdresenveränderungen.

Zimbach i. S. Vorsitzender: Otto Müller, Oststr. 12.

Versammlungskalender.

Aachen. Bezirksversammlung Sonntag, den 1. Februar, in Jülich. Anträge bis 4. Februar an den Vorsitzenden. **Garmen.** Versammlung heute Samstag, den 20. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftsheim“, Paradenstraße. **Brieg (Breslau).** Generalversammlung heute Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Bürgerheim“, Typenzer Straße. **Eisenach.** Generalversammlung heute Samstag, den 20. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Risch“. **Frankfurt-Hessen.** Maschinensehergeneralversammlung Sonntag, den 21. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, in Babenhausen, im Gasthaus „Zum Adler“, Hauptstraße 46. **Freiburg i. S.** Generalversammlung Sonnabend, den 27. Januar, abends 8 Uhr, in „Stadt Dresden“. **Hagen i. W.** Bezirksversammlung Sonntag, den 11. Februar, in Hagen. Anträge bis 1. Februar an den Vorsitzenden. **Hamburg-Altona.** Vertrauensmänneritzung Dienstag, den 23. Januar, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Wäfl, Weidenbinderhof 9. — Vorstandszitzung Donnerstag, den 25. Januar, abends 9 Uhr, im Vereinslokale Weidenbinderhof 68 I. **Hagström.** Bezirksversammlung Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 2 Uhr, in Valen, im Gasthaus „Zur Eintracht“. **Kassel-Hörsing.** Maschinensehergeneralversammlung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant Sommer, Graben 52/51. **Kiel.** Generalversammlung Sonntag, den 21. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftsraum“. **Rödingberg i. Pr.** Generalversammlung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Ludwigschloß“ (Rödingstr.). **Wahlheim-Ludwigshafen.** Maschinenmeisteritzung heute Samstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zur Rheingänge“ in Wahlheim. **München.** Maschinensehergeneralversammlung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zum Hohenberg“, Weidenbinderstraße 9. **Hannover a. S.** Hauptversammlung heute Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“. **Heinrichsdorf (Saar).** Generalversammlung heute Samstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus Herrmann, Langenscheidstraße. **Herrmannsdorf.** Bezirksversammlung Sonntag, den 11. Februar, in Wittorf a. D. Anträge bis 3. Februar. **Hersfelden.** Generalversammlung Sonntag, den 21. Januar, vormittags pünktlich 9 1/2 Uhr, im „Bierhof“. **Schlesien.** Hauptversammlung Sonntag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, im Restaurant „S. Eintracht“. **Stuttgart.** Versammlung Montag, den 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Festsaale des „Gewerkschaftsbaus“, Göttinger Straße 17/19. — Korrektorenversammlung (Gau Württemberg) heute Samstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, bei Reuter, Mosartstraße. — Maschinensehergeneralversammlung (Gau Württemberg) Sonntag, den 22. Februar, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftsraum“. Anträge bis 10. Februar an den Vorsitzenden. **Weimar.** Generalversammlung heute Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Volksbildungsraum. **Wiesbaden.** Generalversammlung heute Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 Uhr, in der „Nora“.

Tadellose Verkäufe an Autos schnell und mühelos mit Ruachs geschützt. Preis per Stück 3,50 Mk. geg. Nachnahme von M. Rauch, Reutlingen (Württemberg). Prospekte m. Druckproben kostenlos. Urb. 700 St. i. Gobr.

Patentverkauf und Lizenzerteilung!
Die Inhaberin der D.R.P. Nr. 138 471, betr. „Mägen zum Gatten herausnehmbarer Druckplatten“, und Nr. 138 475, betr. „Mägen zum Gatten für Druckplatten zur Benutzung in Abdruckmaschinen“, wünscht ihre Patentrechte an Interessenten abzutreten und bietet sich Anerbieten an das Patentamt in Berlin, Robert R. Schmidt in Berlin SW 11, Großbeerenstraße 9, gelangen zu lassen. 1556

Maschinenmeister
In einer größeren Werkdruckeri Mitteldeutschlands wird ein nicht zu junger, im Wert und Plattendruck geübter
Maschinenmeister
in dauernde Stellung gesucht. Es sollen sich jedoch nur solche Herren melden, die in obigen Druckarbeiten tatsächlich Tätigkeiten leisten und selbstständig und rasch zu arbeiten verstehen. Unterbietungen unter genauer Angabe der bisherigen Stellungen und der Gehaltsansprüche unter R. W. 553 an die Geschäftsrl. d. W. erbeten.

Maschinenmeister
Wir suchen für Paris einen oder zwei tüchtige
Maschinenmeister
die im Bilderdruk, farbig und schwarz, perfekt sind und auf Rockstroh & Schneidemaschinen selbstständig arbeiten können. Nur solche Herren wollen sich melden, die absolut sicher sind. Bezahlung 11 Fr. per Tag (Antfangsgehalt) und nach zweimonat. Dasein Reiseverg. Französisch n. nötig. Bitte Druckmuster an die Firma Ch. Studer & Co., 22, rue des Volontaires prol. Paris, zu senden. 1562

Monotypgießer.
Werte Offerten mit Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche erbeten.
Buchdrucker von G. Zaupp jun., Lüdingen.
Für unsere Münchner Filiale suchen wir zum sofortigen Eintritt einen
Schriftgießer
für die Foudernmaschine, welcher auch im Gießhobeln und Fertigmachen gut bewandert ist. Schriftgießerei Gensky & Dreyse, Hamburg-Münchener.

Geübte Schriftsetzerin
[548]
E. Floberg, Leipzig, Brüberstraße 57.

Hamburg oder Umgegend!
Junger, tüchtiger Setzer sucht sofort oder 1. Februar dauernde Stell. event. als Korrektor oder in Expedition, da in allen Redaktionen Werte Offerten u. M. H. postlag. Ruhhaven.

Maschinenmeister
an Schnell, besonders an Stegdruckpresse tüchtig, sucht baldige Stellung nach Hannover. Werte Offerten an W. Bölsler, Düsseldorf, Klosterstraße 38, erbeten. 1560

Schriftgießereifaktor.
technisch gebildet, tüchtiger Konstrukteur, in langjähriger ungekündigter Stellung, mit genauer Kenntnis aller in der Schriftgießerei vorkommenden Maschinen wünscht sich zu verändern (auch Ausland).
Werte Offerten unter B. 551 an die Geschäftsstelle d. W. erbeten.

Dresden Buchdruck-Masch.-Verein Dresden
Den geehrten Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß die diesjährige Generalversammlung Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im großen Saale „Reichshallen“ (Palmastraße) stattfindet. [546]
Anträge zu derselben können noch bis zum 24. Januar beim Vorsitzenden eingereicht werden. Welche Einladung nebst Tagesordnung erfolgt durch Zirkular.
Der Vorstand.

Melzel & Herold
Harmonikafabrik
Musikinstrumenten-Verband
Klingenthal (Saas) 449.
Her. aut. voll. Garant. Harmonikas in Ab. 200 verschiedl. Pr. Sitteln von 12.50. Unterer v. 12.50. Geigen v. 12.50. an. Dreifarb. Blüthen. Klavier. Harmonik. Musikinstrumente, Orgeln etc.
Kataloge v. 10. — an innerhalb Deutschland portofrei.
Katalog an Jedermann frei.

Wenn wir Sie sprechen könnten
würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in Anzugstoffen, Paletstoffen, Hosenstoffen, Westenstoffen, Damentuchen etc. unbedingt Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Nonhelen in besser. Qualität zu allerbilligst. Preis. Verlang. Sie sind kostbare Must. wir senden diesob. sofort franco ohne Kaufzwang.
Lehmann & Assmy, Spremberg L. 14
Größte u. älteste Tuchfabrik Deutschlands dies. Art. [554]

Magenkranke
ebenso mit Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden usw. Behaftete erhalten von mir gerne kostenlos Auskunft, wie zahlreiche Personen, von diesen heiligen Leiden befreit worden sind.
Krankenschwester Marie
Wiesbaden, A. 155
Nikolaistraße 6.

Setzerblusen
echt blauweiß gestreift u. in jeder Farb'de
110 120 130 140 cm lang
Qual. extra 3,40, 3,50, 3,60, 4,00 Mark
" Pa. 3,40, 3,20, 3,35, 3,50
" I. 2,55, 3,00, 3,15, 3,20
" II. 2,55, 2,70, 2,85, 3,00
" III. 2,20, 2,35, 2,50, 2,65
Maschinenmeisteranzüge zu 2,50—6,00 Mk.
Arno Ertold in Gera (R.)
Fabrik für Berackleidung und Wäsche.
Katalog froll [449]

Theaterstücke für Buchdruckereien.
Die Theaterstücke. Besonders zu empfehlen: mit Selang und Text von Otto Reuter. (Nach der Zeitschrift aktuell geworden.) [546]
Der kleine Zeilhaber. Lustspiel von G. Schönefeld.
Anfichtseremplare von beiden Stücken je 50 Pf. — Katalog (auch über andre Theaterstücke) kostenfrei. v. S. Siegl, München, Holzgr. 7.

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe
in Frage u. Antwortform nach praktischer Erfahrung von J. B. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungskommission für das Buchdruckgewerbe in München. Zweite erweiterte Auflage unter tunlichster Berücksichtigung des neuen Buchdrucktarifs. Preis 2,50 Mk. bei Voreinsendung franko durch den Verlag. Postcheckkonto 910 München. [458]